

Interview: „Flüchtlinge, Gaslieferungen und Kohlekraft“

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Michael Kretschmer, CDU, MP Sachsen
"Informationen am Morgen", 8.3.2022, 7:45 Uhr

Barbara Schmidt-Mattern: Wir sehen die Bilder vor allem aus Berlin in diesen Tagen, wo stündlich überfüllte Züge aus der Ukraine oder auch aus Polen ankommen mit verzweifelten Menschen aus der Ukraine, die entweder in Berlin oder auch anderswo in Deutschland zu Verwandten oder Freunden weiterreisen wollen, oder anderswo in Europa Obhut suchen. Die Frage – und das ist verbunden mit den Erinnerungen an das Jahr 2015 – ist, wie gut Deutschland darauf vorbereitet ist. Manche sagen, Berlin sei jetzt schon völlig überfordert. Aber auch die anderen Bundesländer an der Grenze zu Polen bekommen die Folgen dieser immens vielen Menschen zu spüren, die jetzt zu uns kommen.

Ich habe darüber vor einer guten Stunde mit Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer von der CDU gesprochen und ich habe ihn zunächst gefragt, wie gut in seinem Bundesland derzeit die Hilfe und Versorgung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine gelingt.

Michael Kretschmer: Noch sind die Zahlen sehr gering und die Hilfsbereitschaft ist überwältigend. Überall melden sich Menschen und bieten Wohnraum an. Menschen, die ukrainisch oder russisch sprechen, wollen helfen. Zurzeit ist das alles eine sehr positive Angelegenheit, aber wir wissen, die Zahlen steigen sehr schnell, und das ist ja auch richtig so. Wir wollen Menschen aufnehmen, auch größere Mengen an Menschen, und deswegen müssen wir jetzt zu einer anderen Organisation kommen mit Bund, Ländern und Kommunen, damit wir auch in einer anderen Größenordnung helfen können.

Schmidt-Mattern: Bundesinnenministerin Nancy Faeser von der SPD hat jetzt schon zugesagt, die Länder sollen Geld für Asylleistungen bekommen, es soll mehr Hilfe für die Kommunen geben. Sind Sie damit zufrieden?

Kretschmer: Diese Aussage war wichtig. Wir hatten sie auch schon miteinander besprochen. Das ist ja vor allem für die kommunale Familie ganz wichtig. Aber es ist jetzt, ehrlich gesagt, keine Frage des Geldes. Darauf haben wir uns immer miteinander verlassen. Wir haben heute eine Kabinettsitzung, an der auch die Städte und Gemeinden teilnehmen werden. Die Not der Menschen in der Ukraine, die durch diesen feigen und böartigen Angriff des russischen Präsidenten in diese unsägliche Situation gekommen sind, denen muss man jetzt helfen. Das Geld muss man auch klären, richtig, und da ist diese Aussage jetzt beruhigend.

Schmidt-Mattern: Sie fordern außerdem eine bessere Koordination - einen Krisenstab haben Sie am Wochenende vorgeschlagen. Das ist in Berlin nicht unbedingt auf offene Ohren gestoßen. Sind Sie trotzdem zuversichtlich, dass Bund und Länder die Aufnahme und Versorgung der Menschen hinbekommen in den kommenden Monaten?

Kretschmer: Das ist ja eine Aussage, die wir auch aus dem Land Berlin gehört haben. Es ist ja kein Problem, wenn da zwei, drei Busse am Tag kommen. Aber wenn jeden Tag 10.000 oder vielleicht später mal 20, 30.000 Menschen in Berlin am Hauptbahnhof ankommen, dann ist es am Ende nicht mehr händelbar. Dann braucht man eine Organisation, die von vornherein gleich garantiert, dass Menschen in andere Bundesländer weitergeleitet werden, dass dort eine dezentrale Aufnahme erfolgt. Unser Anspruch ist ja, dass die Frauen und Kinder und auch die älteren Leute, nicht erstens auf einem Bahnhof stehen müssen und warten müssen. Und dann nur eine ganz begrenzte Zeit, wenn irgendwie möglich, in einer zentralen Aufnahmeeinrichtung sind, sondern möglichst schnell in Wohnungen kommen, in ein Umfeld, in dem auch eine Betreuung möglich ist. Viele Voraussetzungen sind geklärt, die Frage der Leistungen, die Frage der Krankenversicherung, auch die Möglichkeit, arbeiten zu gehen. Die Schulen und die Kindergärten kümmern sich derzeit darum, dass eine Aufnahme möglich ist. Vieles ist geklärt und jetzt muss dieser Organisationsaspekt dazukommen, und da ist ein Land wie Berlin, weil die ganzen Verkehrsachsen ein Stück weit aus der Ukraine so gezogen sind, mit der Aufgabe nicht überfordert. Sie leisten wirklich Großartiges. Aber es ist einfach zu viel.

Schmidt-Mattern: Herr Kretschmer, Sie haben letzte Woche für einige Schlagzeilen gesorgt. Sie haben ein unterschiedliches Echo hervorgerufen, als Sie sich zum derzeitigen und künftigen Umgang mit Russland geäußert haben. Sie haben „Maß und Mitte“ gefordert und gesagt, es sei richtig, weiter mit Russland zusammenzuarbeiten bei Handelskontakten. Dafür sind Sie scharf kritisiert worden. Fühlen Sie sich da missverstanden?

Kretschmer: Es ist eine Zeit, in der Zwischentöne nicht so richtig gern gehört werden, aber für die Zukunft und für die Sicherheit auch Deutschlands ist es wichtig, dass wir auch vom Ende her denken. Wir haben – das ist der erste Fakt – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Den müssen wir verurteilen. Wir sollten alles tun, was in unserer Macht steht, zu helfen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Land, ihre Souveränität verteidigen können. Wir müssen humanitär helfen, das passiert. Wir dürfen nicht Kriegspartei werden. Die Lieferung von Waffen, von Ausrüstung ist eine Grenze, die wir in den vergangenen Jahrzehnten als Bundesrepublik Deutschland nie überschritten haben. Das haben wir jetzt getan und ich finde die Diskussion gerade um die Flugzone war eine sehr, sehr schwierige. Sie ist beantwortet worden. Das geht nicht, das kann man nicht machen. Die Frage der Energielieferungen hat der Bundeskanzler auch beantwortet. Natürlich drängen Länder, die nicht so abhängig von der Rohstoffversorgung darauf, auch auf dieses Instrument der Blockade. Das wäre aus meiner Sicht zu viel. Man muss immer unterscheiden zwischen den Menschen in diesem Land, die nicht die Täter sind und die man auch mit dem ganzen Handeln nicht treffen darf. Es ist eine Gruppe von Regierung, von Oligarchen, von Militär, und die muss Ziel und Adressat von Sanktionen sein.

Schmidt-Mattern: Die Sanktionen sind ja eines der größten, viel diskutierten Themen im Moment. Sie haben sich schon dafür ausgesprochen, dass wir den Kohleausstieg verschieben müssen. Der würde aber idealerweise sowieso erst 2030 kommen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Ist das nicht eine überzogene Forderung im Moment?

Kretschmer: Na ja, das ist vielleicht auch nicht so richtig bekannt: Teil der Strategie der Energiewende war, dass die grundlastfähigen Atomkraftwerke, die jetzt ja eines nach dem anderen abgeschaltet werden Ende dieses Jahres, aber auch die ersten Blöcke Steinkohle

und Braunkohle, ersetzt werden durch Gaskraftwerke. Das ist vielleicht in der Öffentlichkeit nicht so bekannt, aber das ist die klare Strategie. Das wird auch jeder bestätigen. Es ist doch aus der jetzigen Sicht auf jeden Fall falsch, die Abhängigkeit von Gaslieferungen und Importen weiter zu erhöhen, und deswegen sehe ich auch in der Bundesregierung bis hin zum Bundeswirtschaftsminister, dass er jetzt ganz klar formuliert, Versorgungssicherheit ist das A und O, es ist die Basis ...

Schmidt-Mattern: Wie erreichen wir die aus Ihrer Sicht am besten? Mit welchem Energiemix?

Kretschmer: Am Ende werden das erneuerbare Energien sein. Das ist der Weg. Es muss CO₂-frei sein.

Schmidt-Mattern: Aber das dauert.

Kretschmer: Aber das wird dauern. Da haben Sie absolut recht. Und es ist auch technisch noch nicht bis zum Schluss geklärt. Wir werden möglicherweise Importe von Wasserstoff oder von anderem CO₂-freiem Gas aus anderen Weltregionen bekommen. Die Produktion allein in Deutschland ist nicht möglich, auch nicht allein aus Europa. Wir werden weiter auch von anderen Regionen abhängig sein.

Schmidt-Mattern: Aber Sie befürworten auf jeden Fall ein schnelles Energieembargo gegen Russland?

Kretschmer: Nein! Ich glaube, das wäre verheerend. Und wenn Sie sich die heutigen Zahlen anschauen: Auch das ist etwas, was in dieser furchtbaren humanitären Situation aus meiner Sicht natürlich schwer ist zu ertragen. Aber der Gaspreis war 20 Euro je Megawatt-Stunde und er ist heute bei 200. Das sind Zahlen, die uns alle in den nächsten Monaten und Jahren vor riesige Probleme stellen werden. Wir können nicht aus den Gasimporten, Kohleimporten und Ölimporten aus Russland kurzfristig aussteigen.

Ich bin mir auch nicht sicher, ob es als Ziel, langfristig komplett autark zu sein, keine Rohstofflieferungen aus Russland, ob das richtig ist, denn ein Russland, was nicht abhängig ist von wirtschaftlichem Kontakt nach Europa, ist meiner Einschätzung nach noch unberechenbarer, noch unsicherer. Wir müssen diesen Konflikt jetzt klären, es muss Frieden einziehen, und dann muss es eine Möglichkeit geben, durch die Stärke in Europa, durch die Verteidigungsbereitschaft, durch die Verteidigungsbereitschaft auch für die Demokratie und die Cyber-Sicherheit und auch ein Stück weit in dem Bereich der Rohstoffe so eine starke Rolle zu spielen, dass man nicht angreifbar wird durch Russland, sondern dass man ein ebenbürtiger Partner ist.

Schmidt-Mattern: Herr Kretschmer, abschließend noch eine Frage zu einem ganz anderen Thema, das aber heute auch eine wichtige Rolle spielt. Das Verwaltungsgericht in Köln verhandelt ab heute über die Frage, ob der Verfassungsschutz die AfD zum Verdachtsfall hochstufen darf. Was erwarten Sie sich von diesem Verfahren?

Kretschmer: Da sollte die Politik das Urteil abwarten und das Gericht wird entscheiden, und das ist auch Teil von Rechtsstaatlichkeit. Die AfD versucht ja immer wieder, sich als Opfer

und Märtyrer darzustellen. Deswegen lassen wir dem Gericht jetzt seine Entscheidung und dann werden wir damit umgehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.